**EU-weite Ausschreibung
der Lieferung von elektrischer Energie
für die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH**

Vergabeunterlagen – Teil A

**Bewerbungs- und Angebotsbedingungen
Leistungsbeschreibung
Besondere vertragliche Bedingungen**

März 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung	4
2	Bewerbungs- und Angebotsbedingungen	5
2.1	Allgemeine Bedingungen	5
2.1.1	Art des Vergabeverfahrens	5
2.1.2	Anfragen und Auskünfte	5
2.1.3	Kurzbeschreibung der Leistung/Losaufteilung	5
2.1.4	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	6
2.1.5	Kennzeichnung von Geheimnissen und gewerblichen Schutzrechten	6
2.1.6	Nebenangebote	6
2.1.7	Bietergemeinschaften	6
2.1.8	Vertragssprache	7
2.1.9	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	7
2.1.10	Form und Gliederung der Angebote	7
2.1.11	Verbindlichkeit der Angebote	10
2.1.12	Fristen	10
2.1.13	Aufhebung der Ausschreibung	10
2.2	Bewertung der Angebote	11
2.2.1	Formale und inhaltliche Prüfung der Angebote	11
2.2.2	Eignungsprüfung der Bieter	12
2.2.3	Prüfung der Angebote auf ungewöhnlich niedriger Angebotspreise	14
2.2.4	Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes	14
2.2.5	Aufklärungsgespräche	15
2.2.6	Information der Bieter	15

3	Leistungsbeschreibung	16
3.1	Leistungsumfang und Strombezugsmengen	16
3.2	Vorgaben an die Lieferleistung	16
3.3	Energiebereitstellung und Netznutzung	18
3.4	Messung der elektrischen Energie	19
3.5	Preisbildung, Abrechnung und Zahlungsbedingungen	19
3.5.1	Preisbildung.....	19
3.5.2	Rechnungsstellung und Abrechnung.....	20
3.5.3	Zahlungsbedingungen	21
3.5.4	Ermittlung der vertragsgültigen Entgelte	21
3.5.5	Entgeltanpassung.....	22
3.6	Grundlagen der Zusammenarbeit.....	23
4	Besondere vertragliche Bedingungen	24
5	Anlagen.....	41
A	Verbrauchsdaten	
B	Beispielberechnung	

1 Vorbemerkung

Zum 01.01.2019 beabsichtigt die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH die Lieferung elektrischer Energie neu zu vergeben. Die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH ist ausschreibende Stelle und Auftraggeber für den künftigen Auftragnehmer.

Die hier vorliegenden Vergabeunterlagen erläutern die zu vergebende Leistung textlich und sollen den Bieter in die Lage versetzen, sein Angebot so zweifelsfrei wie möglich zu kalkulieren und zu formulieren.

Für die Angebotsausarbeitung und Kalkulation der angebotenen Leistung stehen dem Bieter neben den hier vorliegenden Bewerbungs- und Angebotsbedingungen (inkl. Leistungsbeschreibung, Besondere Vertragsbedingungen) folgende Unterlagen zum Download zur Verfügung:

- **Angebotsvordruck (Vergabeunterlagen – Teil B mit Bieterklärungen und Preisblatt)**, als PDF
- **Aufklebervordruck** zur Abgabe des Angebots, als PDF

Die Vergabeunterlagen stehen über den Projektbereich auf der Internetseite des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Esslingen (www.awb-es.de/service/ausschreibungen) zur kostenlosen Voransicht bzw. zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH wird nach Abschluss der Auswertung der Angebote voraussichtlich im Mai 2018 über die Vergabe entscheiden.

Die Bieter werden gebeten, die Vergabeunterlagen auf Vollständigkeit zu überprüfen. Sollten die Unterlagen unvollständig sein, sind fehlende Seiten unverzüglich per E-Mail bei der ausschreibenden Stelle anzufordern (vgl. Punkt 2.1.2 „Auskünfte“).

2 Bewerbungs- und Angebotsbedingungen

2.1 Allgemeine Bedingungen

2.1.1 Art des Vergabeverfahrens

Die Ausschreibung wird EU-weit im offenen Verfahren gemäß den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) durchgeführt.

2.1.2 Anfragen und Auskünfte

Anfragen von Bewerbern oder Bieter im Rahmen dieses Vergabeverfahrens sind ausschließlich elektronisch (per E-Mail oder per Fax) an die ausschreibende Stelle zu richten:

Kontakt: Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH
 Herr Fechter
 Pulverwiesen 11
 73726 Esslingen am Neckar

Fax: 0711 3902-58701
E-Mail: Vergabe-AWB@LRA-ES.de

Auskünfte im Zuge des Vergabeverfahrens werden von der ausschreibenden Stelle ausschließlich schriftlich über den entsprechenden Projektbereich auf der Internetseite des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Esslingen (www.awb-es.de/service/ausschreibungen) erteilt. Die Bieter haben sich eigenverantwortlich über das Vorliegen etwaiger Bewerberinformationen während der Angebotsphase zu informieren. Auskünfte per Telefon, Post, Fax oder E-Mail werden nicht erteilt.

2.1.3 Kurzbeschreibung der Leistung/Losaufteilung

Der Auftragnehmer übernimmt vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2021 (drei Jahre) die Lieferung elektrischer Energie (Mittelspannung) in einer Bezugsmenge von jahresdurchschnittlich ca. 5.000.000 kWh/a an die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH (eine RLM-Lieferstelle). Die Leistungen werden in einem Los vergeben.

2.1.4 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die in Bezug auf die Vergabe eine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Absprache getroffen haben, werden ausgeschlossen. Wesentliches und unverzichtbares Kennzeichen einer Auftragsvergabe im Wettbewerb ist die Gewährleistung eines Geheimwettbewerbes zwischen den teilnehmenden Bietern.

Die ausschreibende Stelle wird bei der Prüfung, ob eine wettbewerbsbeschränkende Abrede vorliegt, insbesondere die Entscheidung des OLG Düsseldorf vom 16.09.2003 (VII-Verg 52/03) berücksichtigen. Das OLG Düsseldorf vertritt in dieser Entscheidung die Auffassung, dass es mit dem vergaberechtlichen Wettbewerbsprinzip unvereinbar ist, wenn ein Bieter an der Ausschreibung teilnimmt, dem (ganz oder teilweise) das Angebot oder zumindest die Angebotsgrundlagen eines Mitbewerbers bekannt sind.

Gibt ein Bieter somit nicht nur ein eigenes Angebot ab, sondern bewirbt er sich daneben auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft um den Zuschlag derselben Leistung, ist der Geheimwettbewerb nach Ansicht des OLG Düsseldorf nicht mehr gewährleistet. Der Bieter hat in einem solchen Fall darzulegen und gegebenenfalls unter Beweis zu stellen, dass der Geheimwettbewerb dennoch gewahrt bleibt, um gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB den Ausschluss seines Angebotes zu verhindern.

2.1.5 Kennzeichnung von Geheimnissen und gewerblichen Schutzrechten

Teile des Angebotes, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, sind deutlich zu kennzeichnen. Darüber hinaus hat der Bieter im Angebot ggf. für den Auftragsgegenstand bestehende, beantragte oder erwogene gewerbliche Schutzrechte anzugeben (§ 53 Abs. 8 VgV).

2.1.6 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.1.7 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Sie werden wie Einzelbieter behandelt. Mit dem Ausdruck „Bieter“ sind in diesen Vergabeunterlagen auch Bietergemeinschaften gemeint.

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung (Original) abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet wird. Die Erklärung muss die Verpflichtung enthalten, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und dass alle Mitglieder (auch im Falle einer Beauftragung) als Gesamtschuldner haften.

Darüber hinaus hat die Bietergemeinschaft im Angebotsteil III die Gründe für die Zusammenarbeit darzulegen, so dass die ausschreibende Stelle die Zulässigkeit des Zusammenschlusses gemäß GWB beurteilen kann.

Darüber hinaus haben Bietergemeinschaften insbesondere auch die Regelungen unter Punkt 2.1.4 zu beachten.

2.1.8 Vertragssprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber und alle Vertragsgespräche sind in deutscher Sprache zu führen.

2.1.9 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, die die Entgeltermittlung und den Leistungsumfang beeinflussen können, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

Eventuelle Fragen zum Angebot sind spätestens zehn Kalendertage vor dem Ablauf der Angebotsfrist schriftlich per Fax oder E-Mail zu stellen (vgl. Punkt 2.1.2 „Auskünfte“). Eventuell notwendige, ergänzende Informationen zum Ausschreibungsverfahren und somit zur Kalkulation werden allen Bietern über den entsprechenden Projektbereich auf der Internetseite des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Esslingen (vgl. Pkt. 2.1.2) bekanntgegeben und erfolgen, bei fristgerechter Anfrage, bis spätestens sechs Kalendertage vor dem Ablauf der Angebotsfrist.

2.1.10 Form und Gliederung der Angebote

Das vom Bieter einzureichende Angebot besteht aus den nachfolgend aufgeführten Teilen. Der Angebotsvordruck (Angebotsteil I) steht gesondert zum Download zur Verfügung.

Die Angebotsteile II und III sind vom Bieter zu erstellen.

Angebotsteil I: Vollständig ausgefüllter und unterschriebener Angebotsvordruck

- Inkl. Bietergemeinschaftserklärung (nur auszufüllen, sofern notwendig)
- Inkl. Eignungs- und Verpflichtungserklärungen (teilweise)
- Inkl. Preisblatt

Angebotsteil II: Nachweise der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

(Sofern nicht im Angebotsvordruck enthalten, sind die Nachweise vom Bieter zu erstellen.)

Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:

- Referenzen (als Eigenerklärung) in Listenform über die Lieferung von Strom mit einem Lieferumfang von mindestens 5.000.000 kWh/a in den Jahren 2015 bis 2017, davon mindestens 2.500.000 kWh/a aus erneuerbaren Energien, durch Angabe der Auftraggeber und der Beauftragungs-/Lieferzeiträume (Es gilt die Summe der Referenzen.)

Nachweise der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

- Eigenerklärung über das Vorhandensein einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2,0 Mio. EUR (Formblatt im Angebotsvordruck enthalten)
- Auf gesonderte Anforderung der ausschreibenden Stelle: Versicherungsschein
- Bei anzeigepflichtigen Unternehmen gem. § 5 EnWG:
 - Anerkannter Präqualifikationsnachweis oder Eigenerklärung über die Anzeige gemäß § 5 EnWG und Bestätigung, dass die Regulierungsbehörde die Energiebelieferung nicht aus Gründen der personellen, technischen oder wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit ganz oder teilweise untersagt hat (Formblatt im Angebotsvordruck enthalten)
- Bei nicht anzeigepflichtigen Unternehmen gem. § 5 EnWG:
 - Berufs- bzw. Handelsregisterauszug (durch den Bieter vorzulegen)
 - Auf gesonderte Anforderung der ausschreibenden Stelle: Bilanzen oder Bilanzauszüge der letzten drei Geschäftsjahre oder andere geeignete Nachweise

für diesen Zeitraum (z. B. Erklärung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters), welche die Solvenz des Bieters nachweisen.

Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der in § 123 Abs. 1 und 4 GWB sowie in § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 8 GWB genannten Tatbestände (Formblatt im Angebotsvordruck enthalten)

Angebotsteil III: Gegebenenfalls gesonderte Erklärungen des Bieters

Die vorgenannten Unterlagen dienen zur Überprüfung, ob der Bieter geeignet ist und ob durch das Angebot die Erfüllung aller vertraglichen Pflichten sichergestellt ist.

Bei der Abgabe des Angebotes ist Folgendes zu beachten:

1. Bei Einreichung eines Angebotes ist der von der ausschreibende Stelle bereitgestellte Angebotsvordruck (Vergabeunterlagen – Teil B) zu benutzen, welcher als gesondertes Dokument über den entsprechenden Projektbereich auf der Internetseite des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Esslingen abrufbar ist.
2. Es sind für die angebotene Leistung alle im Preisblatt aufgeführten Positionen auszufüllen. Es sind ausschließlich die dafür vorgesehenen Stellen auszufüllen.
3. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen der eigenen Eintragungen/Angaben müssen zweifelsfrei sein.
4. Sofern dem Bieter Erläuterungen zur besseren Beurteilung seines Angebotes notwendig erscheinen, sind diese dem Angebot dem Angebotsteil III beizufügen.
5. Etwaige Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen nach Angebotsabgabe sind in einem verschlossenen Umschlag und innerhalb der Angebotsfrist einzureichen.
6. Die Rücknahme des Angebotes kann innerhalb der Angebotsfrist schriftlich (per Briefpost, Fax) erfolgen.
7. Es ist darauf zu achten, dass ein Handlungsbevollmächtigter benannt ist (Bietererklärung A und gegebenenfalls Bietererklärung B im Angebotsvordruck) und das Angebot an den gekennzeichneten Stellen unterschrieben und mit dem Firmenstempel versehen ist.

8. Das Angebot ist ordnungsgemäß verschlossen einzureichen. Zur äußeren Kennzeichnung des Angebotes hat der Bieter den zum Download bereitstehenden Aufklebervordruck zu verwenden.

2.1.11 Verbindlichkeit der Angebote

Die Angebote müssen unterschrieben sein (§ 53 Abs. 6 VgV). Angebote, die mit einem Zusatz versehen sind, dass der Abschluss des Vertrages noch der Zustimmung des Vorstandes oder sonstiger Gremien des Bieters oder Unterauftragnehmers bedarf sowie Angebote mit vergleichbaren Zusätzen, die die Verbindlichkeit des Angebotes einschränken, werden von der Wertung ausgeschlossen.

2.1.12 Fristen

Die Angebote sind bis spätestens bis zum **14. Mai 2018, 11:00 Uhr** bei der in der Auftragsbekanntmachung benannten Stelle einzureichen. Bei der Öffnung der Angebote sind nach § 55 Abs. 2 VgV keine Bieter zugelassen. Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist und endet spätestens am **31. Mai 2018**. Bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden (Bindefrist).

2.1.13 Aufhebung der Ausschreibung

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 63 Abs. 1 VgV die Aufhebung der Ausschreibung vor. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Ausschreibung kein wirtschaftliches Ergebnis erbracht hat.

2.2 Bewertung der Angebote

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte.

2.2.1 Formale und inhaltliche Prüfung der Angebote

Im Rahmen der Prüfung werden die wegen formeller oder inhaltlicher Mängel auszuschließenden Angebote ermittelt.

Dabei werden Angebote zwingend von der Wertung ausgeschlossen,

- die nicht frist- oder formgerecht (in einem verschlossenen Umschlag) eingegangen sind, es sei denn der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV),
- die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV),
- in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 VgV),
- bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV),
- die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 57 Abs. 1 Nr. 5 VgV),
- bei denen es sich um nicht zugelassene Nebenangebote handelt (§ 57 Abs. 1 Nr. 6 VgV),
- die nicht unterschrieben sind (§ 53 Abs. 6 VgV) oder unter einem Zustimmungsvorbehalt stehen, der die Verbindlichkeit des Angebotes einschränkt.

Angebote von Bietern, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht alle geforderten Unterlagen enthalten, werden nicht zwingend von der Wertung ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich gemäß § 56 Abs. 2 VgV vor, Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen innerhalb einer bestimmten Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, sofern sie nicht die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen (§ 56 Abs. 3 VgV), innerhalb einer bestimmten Frist nachzureichen oder zu

vervollständigen. Ein Ausschluss von der Wertung erfolgt, wenn durch die vorgelegten Unterlagen nicht sichergestellt ist, dass die Leistung vertragsgemäß erfüllt wird.

2.2.2 Eignungsprüfung der Bieter

Bei der Auswahl der Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden entsprechend § 122 GWB nur die Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Leistungsfähigkeit (Eignung) besitzen, bei denen keine zwingenden Ausschlussgründe (§ 123 GWB) vorliegen und keine fakultativen Ausschlussgründe zum Tragen kommen (§ 124 GWB). Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit können z. B. auch Unterauftragnehmer oder konzernverbundene Unternehmen berücksichtigt werden.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Der Bieter ist als technisch und beruflich leistungsfähig anzusehen, wenn er über die erforderlichen personellen und technischen Mittel sowie ausreichende Erfahrungen verfügt, um den Auftrag in angemessener Qualität ausführen zu können. Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird gemäß § 46 VgV auf Grundlage der im Angebotsteil II vorgelegten Referenz/-en geprüft.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Der Bieter ist als wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig anzusehen, wenn er als Unternehmen über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit muss in einem angemessenen Verhältnis zum zu vergebenden Auftragswert stehen. Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit sind auch die notwendigen Investitionen des Auftragnehmers vor der Leistungsaufnahme zu berücksichtigen. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird gemäß § 45 VgV entsprechend den Nachweisen im Angebotsteil II geprüft.

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen wird entsprechend dem Nachweis im Angebotsteil II geprüft. In diesem ist vom Bieter das Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen gemäß § 123 Abs. 1 und 4 GWB sowie das Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 8 GWB zu bestätigen. Sofern der Bieter das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 Abs. 1 und 4 GWB oder gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 und 4 GWB

nicht bestätigt und zudem gemäß § 125 Abs. 1 GWB bzw. aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls nicht von einem Ausschluss abgesehen werden kann, wird das Angebot des Bieters zwingend von der Wertung ausgeschlossen.

Beim Vorliegen von fakultativen Ausschlussgründen gemäß § 124 Abs. 1 GWB kann ein Unternehmen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Die ausschreibende Stelle behält sich die Prüfung der fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 Abs. 1 GWB ausdrücklich vor. § 125 GWB gilt entsprechend.

Soweit vorliegend oder bekannt, werden auch weitere Erkenntnisse berücksichtigt. Dies sind u. a. Eintragungen in das Gewerbezentralregister oder das Korruptionsregister, Strafverfahren, Verstöße gegen die Zahlung von Mindestlöhnen oder Ähnliches. Ob ein entsprechender Ausschlussgrund vorliegt, ist im Einzelfall zu prüfen.

Ein Unternehmen kann, auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Es muss in diesem Fall dem Auftraggeber nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem es beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt (§ 47 Abs. 1 VgV).

Dabei kann ein Unternehmen für den Nachweis der erforderlichen beruflichen Leistungsfähigkeit (hier: Referenz/-en zum Nachweis der einschlägigen Berufserfahrung) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

Unternehmen, deren Kapazitäten für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch genommen werden, haben zusätzlich das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß den Regelungen der Vergabeunterlagen nachzuweisen (§ 47 Abs. 2 VgV).

Die Vorlage der geforderten Nachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen stellt die Mindestbedingung zum Nachweis der Eignung dar.

Bei Bietergemeinschaften werden Nachweise zur Leistungsfähigkeit in technischer und beruflicher sowie in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht kumulativ gewertet und sind somit nicht zwingend von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen, während der Nachweis zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen ist.

2.2.3 Prüfung der Angebote auf ungewöhnlich niedriger Angebotspreise

In diesem Prüfpunkt werden die Angebotspreise darauf überprüft, ob sie im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig sind. Grundlage für die Beurteilung, ob ein Preis ungewöhnlich niedrig ist, ist neben den Angebotsentgelten auch der Marktpreis.

Ausgeschlossen werden Angebote mit einem ungewöhnlich niedrigen Preis. Angebote, die nicht kostendeckend kalkuliert sind, können nicht zwangsläufig von der Wertung ausgeschlossen werden. Bevor ein Angebot wegen eines ungewöhnlich niedrigen oder nicht kostendeckenden Preises möglicherweise ausgeschlossen werden kann/muss, wird mit dem betreffenden Bieter gegebenenfalls ein Aufklärungsgespräch geführt. Hierbei wird der Bieter aufgefordert, Unterlagen vorzulegen (und diese bei Bedarf zu erläutern), aus denen die Kalkulation der Angebotspreise ersichtlich ist.

Die Entscheidung, ob ein Angebot in der Wertung verbleibt, muss in jedem Einzelfall gesondert getroffen werden.

2.2.4 Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes

Die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes erfolgt unter den Angeboten, die in den vorangegangenen Prüfpunkten (Punkte 2.2.1 bis 2.2.3) nicht ausgeschlossen wurden. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Einziges Kriterium für die Wirtschaftlichkeit ist das vom Auftraggeber zu zahlende Gesamtentgelt bezogen auf die gesamte Vertragslaufzeit. Hierbei erfolgt die preisliche Auswertung durch

einen Vergleich der zum Zeitpunkt der Angebotslegung angebotenen Entgelte ohne Berücksichtigung des in Punkt 3.5.4 beschriebenen Verfahrens zur Ermittlung der vertragsgültigen Entgelte.

Das Gesamtentgelt errechnet sich aus der Summe der Jahresentgelte, die unter Anwendung der im Preisblatt angegebenen Auswertungsgröße ermittelt werden. Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers, Konzessionsabgaben sowie Steuern und sonstige Abgaben/Umlagen werden nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Auswertung wird die Umsatzsteuer mit 19 % angesetzt.

Die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes erfolgt durch einen Vergleich der angebotenen Gesamtentgelte. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit dem niedrigsten Gesamtentgelt. Bei Preisgleichheit von mehreren preislich günstigsten Angeboten erfolgt der Zuschlag auf das Angebot mit dem höchsten Lieferanteil an Strom aus erneuerbaren Energien.

2.2.5 Aufklärungsgespräche

Im Rahmen der Angebotsprüfung behält sich der Auftraggeber vor, nach Öffnung der Angebote bis zur Zuschlagserteilung Aufklärungsgespräche zu führen, um eventuelle Zweifel über die Eignung der Bieter oder der Angebote im Interesse der Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebotes zu beseitigen (vgl. § 15 Abs. 5 VgV). Nachverhandlungen finden hierbei nicht statt.

2.2.6 Information der Bieter

Der Auftraggeber wird entsprechend § 134 Abs. 2 GWB erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information über die Nichtberücksichtigung der Angebote an die jeweiligen Bieter den Zuschlag auf das Angebot des Bestbieters erteilen. Sofern die ausschreibende Stelle das Informationsschreiben per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

3 Leistungsbeschreibung

3.1 Leistungsumfang und Strombezugsmengen

Der Auftragnehmer übernimmt vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2021 (drei Jahre) die Lieferung elektrischer Energie (Mittelspannung) in einer Bezugsmenge von jahresdurchschnittlich ca. 5.000.000 kWh/a an die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH. Die elektrische Energie ist an folgender Lieferstelle (Übergabe-/Verbrauchsstelle mit registrierender Leistungsmessung) bereitzustellen:

Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH
Nürtinger Straße 120
73230 Kirchheim unter Teck

Der gegenwärtige Gesamtbedarf beträgt (Daten des Jahres 2017):

- Wirkarbeit: 4.925.181 kWh/a
- Blindarbeit: 1.173.045 kvarh
- Höchste gemessene Monatsleistung (Viertelstundenmaximum): 1.031,76 kW

Weitere Daten sind der Anlage A der Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Die Lieferung erfolgt im Rahmen eines Vollversorgungsvertrages (Stromlieferung inkl. Netznutzung und aller hierzu erforderlichen Nebenleistungen).

3.2 Vorgaben an die Lieferleistung

Bei der Lieferung/Bereitstellung der elektrischen Energie sind folgende Vorgaben einzuhalten:

Vorgaben zu Mengen und Art der Stromerzeugung:

1. Die Lieferung der Jahresbezugsmenge an elektrischer Energie kann bilanziell bis zu maximal 50 % aus dem aktuellen Energiemix der nationalen Erzeugungsanlagen (inkl. derzeit ca. 30%-Anteil erneuerbare Energien an der Bruttostromerzeugung) , d. h. ohne Vorgabe bzgl. der Art der Stromerzeugung erfolgen.

2. Die Lieferung der Jahresbezugsmenge an elektrischer Energie erfolgt zu mindestens 50 %, mindestens jedoch in einer Menge von 2.500.000 kWh, aus erneuerbaren Energien (EE-Strom). Dieser Anteil an der Gesamtmenge des Lieferstroms muss nachweislich in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energiequellen nutzen. Hierbei sind folgende Nachweisverpflichtungen einzuhalten:

1. Nachweisverpflichtung:

Der gelieferte EE-Strom muss nachweislich in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energiequellen nutzen. Erneuerbare Energien sind gemäß folgender Begriffsbestimmung in § 3 Nr. 21 EEG 2017 folgende Energien:

- a) Wasserkraft einschließlich der Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und Strömungsenergie,
- b) Windenergie,
- c) solare Strahlungsenergie,
- d) Geothermie,
- e) Energie aus Biomasse einschließlich Biogas, Biomethan, Deponiegas und Klärgas sowie aus dem biologisch abbaubaren Anteil von Abfällen aus Haushalten und Industrie.

Als Biomasse gelten nur Energieträger gemäß § 2 der Verordnung über die Erzeugung von Strom aus Biomasse (BiomasseV) vom 21.06.2001 in der durch Gesetz vom 13.10.2016 geänderten Fassung. Der aus Biomasse erzeugte Strom gilt als Strom aus erneuerbaren Energien, wenn er in einem Verfahren erzeugt wird, das den Anforderungen des § 4 BiomasseV gerecht wird.

Die EE-Strommenge muss nachweislich in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energiequellen nutzen. Die Herkunft des gelieferten EE-Stroms muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen/Erzeugungsanlagen zurückführbar sein. Zwischen dem Netz, an das die Erzeugungsanlage/-n angebunden ist/sind, und dem Netz an den Abnahmestellen des Auftraggebers muss eine netztechnische Verbindung bestehen.

Der künftige Auftragnehmer muss eine zeitlich bilanzierte Lieferung von EE-Strom gewährleisten. Dabei muss die Energiebilanz von erzeugtem und geliefertem/abgenommenem Strom innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt ausgeglichen sein.

2. Nachweisverpflichtung:

Die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH erwirbt mit der Lieferung von EE-Strom den bei der Erzeugung erzielten Umweltnutzen als vertraglich vereinbarten Leistungsbestandteil. Eine anderweitige Verwertung oder Übertragung des Umweltnutzens der beauftragten EE-Strommenge durch den Auftragnehmer oder seine Vorlieferanten an einen anderen Auftraggeber oder eine Trennung des Umweltnutzens von der physikalischen Stromlieferung ist unzulässig (Ausschluss der Doppelvermarktung). Die beauftragte Bezugsmenge an EE-Strom muss in der gleichen Menge in Erneuerbare-Energie-Anlagen erzeugt werden. Der hieraus entstehende Umweltnutzen ist der Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH zuzurechnen.

Die Ausgestaltung der Bedingungen zur Einhaltung der vorgenannten Vorgaben und Verpflichtungen ist in § 6 der besonderen vertraglichen Bedingungen geregelt (vgl. Kapitel 4). Darüber hinaus hat der Auftragnehmer die Erfüllung der vorgenannten Anforderungen an die Lieferung von EE-Strom während der Vertragslaufzeit nachzuweisen. Die Nachweispflichten sind in § 7 der besonderen vertraglichen Bedingungen geregelt.

3.3 Energiebereitstellung und Netznutzung

Die vertragsgegenständliche Lieferstelle liegt im Netzgebiet der Netze BW GmbH. Die Lieferstelle ist unterbrechungsfrei mit elektrischer Energie zu versorgen. Übergabestelle ist die Eigentumsgrenze zwischen dem Netz des Verteilnetzbetreibers und der Anlage des Auftraggebers. Die Versorgung der Lieferstelle erfolgt auf der Mittelspannungsebene mit einer Nennspannung von 10 kV und mit einer Nennfrequenz von etwa 50 Hz über das öffentliche Netz entsprechend dem Bedarf. Für die Lieferung/Bereitstellung der elektrischen Energie gelten die technischen Bestimmungen des Netzbetreibers.

Alle mit der Aufnahme und Durchführung der Stromversorgung verbundenen Leistungen sind durch den Auftragnehmer zu erbringen. Dies betrifft insbesondere die

- Lieferung der elektrischen Energie,
- Bereitstellung der erforderlichen elektrischen Leistung an der Lieferstelle,
- Sicherstellung der Netznutzung durch Abschluss der erforderlichen Netznutzungsvereinbarungen mit dem Netzbetreiber,
- Erfassung der Verbrauchs- und Leistungsdaten (Messung und Abrechnung),
- Gewährleistung eines digitalen Datenabrufs des Auftraggebers durch Bereitstellung eines entsprechenden Zugangs.

Der Auftragnehmer hat die Netznutzung durch den Abschluss der notwendigen Netznutzungsvereinbarung (z. B. Lieferantenrahmenvertrag) mit dem Netzbetreiber sicherzustellen und übernimmt insofern die Verantwortung für alle hiermit in Verbindung stehenden Leistungen gegenüber dem Auftraggeber. Soweit erforderlich, bevollmächtigt der Auftraggeber den Auftragnehmer mit der Vornahme aller zur Belieferung erforderlichen Handlungen und Erklärungen für die Sicherstellung der Netznutzung. Nähere Regelungen hierzu enthält § 10 der besonderen vertraglichen Bedingungen.

3.4 Messung der elektrischen Energie

Der Messstellenbetrieb sowie die Messung des Stromverbrauchs sind Aufgabe des Netzbetreibers. Die Erfassung der Leistungs- und Verbrauchsdaten erfolgt mit der/dem vorhandenen Messeinrichtung/Messsystem. Der Auftragnehmer verwendet für Zwecke der Abrechnung die Messdaten, die er vom Netzbetreiber erhalten hat. Nähere Regelungen hierzu enthält § 11 der besonderen vertraglichen Bedingungen.

3.5 Preisbildung, Abrechnung und Zahlungsbedingungen

3.5.1 Preisbildung

Der Angebotspreis ist für jedes Vertragsjahr gesondert als Arbeitspreis anzugeben. Sie sind ausschließlich als Eintarifpreise ohne Differenzierung nach Tarifzeiten anzugeben.

In den Angebotspreis sind folgende Kosten einzurechnen:

- Kosten des Bieters für die Beschaffung, Lieferung und Bereitstellung der elektrischen Energie

- Kosten des Bieters für die Vorbereitung der Netznutzung sowie die Datenerfassung und Abrechnung
- Kosten des Bieters für die Nachweisführung über die Herkunft des Stromanteils aus erneuerbaren Energien

Nicht einzurechnen sind:

- Netznutzungskosten des Netzbetreibers (inkl. Kosten für Messung, Zähl-daten-bereitstellung und Abrechnung gegenüber dem Auftragnehmer)
- Gegebenenfalls anfallende Blindarbeit
- Konzessionsabgaben gemäß § 2 KAV
- KWK-Aufschläge gemäß § 26 KWKG
- EEG-Umlage gemäß § 3 EEG
- Letztverbraucherumlage gemäß § 19 StromNEV
- Offshore-Haftungsumlage gemäß § 17 f EnWG
- Umlage für abschaltbare Lasten gemäß § 18 AbLaV
- Stromsteuer gemäß § 3 StromStG
- Umsatzsteuer

3.5.2 Rechnungsstellung und Abrechnung

Vom Auftragnehmer sind die Kosten des Netzbetreibers für die Netznutzung sowie für Messung, Abrechnung und Zähl-daten-bereitstellung gemäß den gültigen, veröffentlichten Netznutzungsentgelten dem Auftraggeber ohne Aufschlag in Rechnung zu stellen und bei der Rechnungslegung nach Einzelkosten differenziert auszuweisen. Ein der Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH durch den Netzbetreiber ggf. gewährter Kommunalrabatt für die Netznutzung ist ohne Abzüge an den Auftraggeber weiterzureichen und bei der Rechnungslegung gesondert auszuweisen.

Die Erfassung und Abrechnung ggf. anfallender Blindarbeit erfolgt zwischen dem Netzbetreiber und dem Auftragnehmer. Die Kosten sind dem Auftraggeber gemäß Abrechnung des Netzbetreibers gegen Nachweis ohne Aufschlag weiter zu belasten.

Durch den Netzbetreiber zu entrichtende Konzessionsabgaben, Umlagebeträge gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und Aufschläge gemäß Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)

sind dem Auftraggeber in der jeweils geltenden und tatsächlich gezahlten Höhe ohne weiteren Aufschlag in Rechnung zu stellen und bei der Rechnungslegung gesondert auszuweisen.

Die von Letztverbrauchern gesondert erhobenen Umlagen gemäß § 19 StromNEV, gemäß § 17 f Abs. 5 EnWG (Offshore-Haftungsumlage) und gemäß § 18 der AbLaV (Umlage für abschaltbare Lasten) sind dem Auftraggeber ohne Aufschlag zu berechnen und bei der Rechnungslegung als gesonderte Positionen auszuweisen.

Die Stromsteuer ist gemäß dem Stromsteuergesetz (StromStG) vom Auftraggeber in jeweils geltender Höhe zusätzlich zu zahlen und vom Auftragnehmer bei der Rechnungslegung gesondert auszuweisen.

3.5.3 Zahlungsbedingungen

Die Rechnungen werden vom Auftraggeber nach Vorlage der prüffähigen Rechnung innerhalb von 21 Tagen beglichen. Einzelheiten zu den Abrechnungs- und Zahlungsbedingungen sind in den besonderen vertraglichen Bedingungen geregelt.

3.5.4 Ermittlung der vertragsgültigen Entgelte

Zur Ermittlung der für den Lieferzeitraum mit dem Auftragnehmer vertraglich vereinbarten Entgelte wird der für jedes Vertragsjahr gesondert angebotene Arbeitspreis (netto) auf den zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung berechneten Arbeitspreis (netto) angepasst. Hierbei wird folgende Preisformel angewendet (Berechnung mit maximal drei Nachkommastellen bei kaufmännischer Rundung):

$$Ap_{\text{neu}} = Ap_{\text{alt}} + (Mp_{\text{neu}} - Mp_{\text{alt}})$$

Kurzlegende:

Ap_{alt}	=	Arbeitspreis des Angebotes
Ap_{neu}	=	Arbeitspreis am Tag der Zuschlagserteilung (= Vertragspreis)
Mp_{alt}	=	börslicher Marktpreis am <u>7. Mai 2018</u> (Stichtag 1: sieben Tage vor Ablauf der Angebotsfrist am 14. Mai 2018)
Mp_{neu}	=	börslicher Marktpreis am Tag der Zuschlagserteilung (Stichtag 2)

Grundlage für die Bestimmung des börslichen Marktpreises sind die an den beiden Stichtagen zum Abschluss des Handelstages am Strom-Terminmarkt der European Energy Exchange AG, Leipzig (EEX) festgestellten Abrechnungspreise für Phelix-DE-Base-Year-Futures. Den Markt-

preisen für das Liefer-/Vertragsjahr 2019 werden die Abrechnungspreise für Cal-19-Futures zu Grunde gelegt. Den Marktpreisen für die Liefer-/Vertragsjahre 2020 und 2021 werden die entsprechenden Abrechnungspreise für Cal-20-/Cal-21-Futures zu Grunde gelegt.

Als mit der Zuschlagserteilung vertraglich vereinbart gilt der nach der vorstehend beschriebenen Anwendung der Preisformel errechnete, in ct./kWh angegebene und kaufmännisch auf drei Stellen nach dem Komma gerundete Arbeitspreis ($A_{p_{neu}}$) am Tag der Zuschlagserteilung. Eine Beispielberechnung ist den Vergabeunterlagen in Anlage B beigefügt.

3.5.5 Entgeltanpassung

Für die vertragsgültigen Angebotspreise innerhalb der Mengenspanne nach § 5 der besonderen vertraglichen Bedingungen ist keine unterjährige Entgeltanpassung vorgesehen. Für die Mengenspanne von 4.000.000 bis 6.000.000 kWh/a wird der für das jeweilige Vertragsjahr angebotene Arbeitspreis berechnet.

Für Liefermengen oberhalb oder unterhalb der vereinbarten Mengenspanne von +/- 20 % der Jahresliefermenge von 5.000.000 kWh/a (Referenzwert nach § 5 der besonderen vertraglichen Bedingungen) gilt folgende Regelung:

Es wird der Energiearbeitspreis mindestens für die oben vereinbarte Mindestmenge berechnet. Bezieht der Auftraggeber weniger als die vereinbarte Mindestmenge, vergütet der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Differenz zwischen der Mindestmenge und der tatsächlich abgenommenen Energie zum 0,85-fachen des unten definierten Spotmarktpreises des Kalenderjahres.

Bezieht der Auftraggeber mehr als die vereinbarte Maximalmenge, so zahlt er für die die Maximalmenge überschreitende Menge den 1,15-fachen unten definierten Spotmarktpreis des Kalenderjahres.

Die prozentuale Angabe der Mindest- und Maximalmenge bezieht sich jeweils auf den vereinbarten Jahresverbrauch (= 100 %).

Als Spotmarktpreis – in der Dimension ct/kWh auf zwei Nachkommastellen gerundet – gilt die Summe aller notierten stündlichen Spotnotierungen (Phelix) der EEX European Energy Exchange AG des Kalenderjahres, dividiert durch die Anzahl der stündlichen Spotnotierungen.

Die Anpassung von Netznutzungsentgelten, Umlagen, Steuern und Abgaben richtet sich nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Genehmigungen der Bundesnetzagentur und den vom Netzbetreiber veröffentlichten Netznutzungsentgelten.

3.6 Grundlagen der Zusammenarbeit

Der Vertrag zwischen der Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH und dem Auftragnehmer wird mit der Zuschlagserteilung geschlossen. Die den Vergabeunterlagen beigefügten besonderen vertraglichen Bedingungen (vgl. Kapitel 4) werden bei Zuschlagserteilung wirksam.

Alle vom Auftragnehmer genutzten Daten im Rahmen der Leistungserbringung dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden und sind dem Auftraggeber bei Vertragsende in einem geeigneten elektronischen Datei-Format zu übergeben. Der Auftragnehmer unterliegt den datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

4 Besondere vertragliche Bedingungen

Inhalt

- § 1 Rangfolge der Bestimmungen**
- § 2 Vertragsgegenstand**
- § 3 Pflichten des Auftragnehmers**
- § 4 Pflichten und Rechte des Auftraggebers**
- § 5 Lieferumfang und Preisanpassung**
- § 6 Anforderungen an die Stromlieferung aus erneuerbaren Energien**
- § 7 Nachweispflichten**
- § 8 Eigenerzeugung**
- § 9 Belieferung der Übergabe-/Abnahmestellen**
- § 10 Netzanschluss und Netznutzung**
- § 11 Messung**
- § 12 Entgelt**
- § 13 Zahlung, Rechnungslegung, Dokumentation**
- § 14 Sachkundiger Bevollmächtigter**
- § 15 Rechtsnachfolger**
- § 16 Haftung**
- § 17 Vertragsstrafen**
- § 18 Lieferunterbrechung, höhere Gewalt**
- § 19 Verträge mit Dritten**
- § 20 Vertragsbeginn**
- § 21 Außerordentliche Kündigung**
- § 22 Vertragsausfertigung**
- § 23 Salvatorische Klausel**
- § 24 Schlussbestimmungen**

Anlage

- I. Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung**

§ 1

Rangfolge der Bestimmungen

Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch diesen Vertrag bestimmt. Für die Vertragsausführung gelten folgende Regelungen mit der Maßgabe, dass bei eventuellen Widersprüchen oder Unklarheiten die in der Aufzählung vorangehende Regelung Vorrang hat:

- diese besonderen vertraglichen Bedingungen (inkl. Anlage I)
- das vom Auftragnehmer vorgelegte Angebot
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen, Teil B (VOL/B) in der aktuellen Fassung

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers oder andere dem Angebot des Auftragnehmers beigefügte oder von ihm in Bezug genommene Geschäftsbedingungen finden keine Anwendung.

§ 2

Vertragsgegenstand

(1) Vertragsgegenstand ist die Lieferung von elektrischer Energie an die in Anlage I benannte Lieferstelle der Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH. Die Lieferung erfolgt als bedarfsabhängige Lieferung, einschließlich aller erforderlichen Nebenleistungen. Die Lieferung beginnt am 01.01.2019 um 00:00 Uhr und endet am 31.12.2021 um 24:00 Uhr.

(2) Die Versorgung erfolgt durch Wechsel- oder Drehstrom mit einer Nennspannung von 10 kV (Mittelspannung) und einer Nennfrequenz von 50 Hertz über das öffentliche Netz, entsprechend dem Bedarf der Lieferstelle. Es gelten die technischen Bestimmungen des Netzbetreibers.

(3) Für die Durchführung dieser Leistungen sind die damit zusammenhängenden Richtlinien/Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Baden-Württemberg – in den jeweils gültigen Fassungen – sowie die Bestimmungen dieses Vertrages maßgebend.

§ 3

Pflichten des Auftragnehmers

(1) Alle mit der Aufnahme und Durchführung der Versorgung verbundenen Leistungen sind durch den Auftragnehmer zu erbringen.

(2) Der Auftragnehmer verfügt über eine Genehmigung zur Aufnahme der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 3 EnWG (Altfassung), über eine vergleichbare Genehmigung oder hat die Energiebelieferung gemäß § 5 EnWG bei der Regulierungsbehörde angezeigt. Ein entsprechender Nachweis ist dem Auftraggeber innerhalb von 14 Tagen nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Der Nachweis kann auch durch Vorlage eines aktuellen Auszuges aus dem Verzeichnis der Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Bundesnetzagentur geführt werden.

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen und über die Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Die einschlägigen technischen, gesetzlichen und gleichrangigen Vorschriften sind bei der Auftragserfüllung einzuhalten.

(4) Bei einer Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Versorgung ist, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, der Auftragnehmer von der Leistungspflicht befreit. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch den Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie dem Auftragnehmer bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

§ 4

Pflichten und Rechte des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber verpflichtet sich zur Zahlung der Vergütung gemäß § 12 Abs. 1.

(2) Erfüllungsort für Verbindlichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer ist der Ort, an dem die Lieferstelle gelegen ist.

§ 5

Lieferumfang und Preisanpassung

- (1) Die Vertragspartner vereinbaren eine Vollstromlieferung inklusive Netznutzung.
- (2) In jedem Kalenderjahr des Vertragszeitraums ist ein Energiebedarf von ca. 5.000.000 kWh zu decken (Referenzmenge).
- (3) Die Mengenspanne, innerhalb welcher der Auftragnehmer elektrische Energie zu den in § 12 festgelegten Entgelten liefert, beträgt 80 % bis 120 % der in Abs. 2 genannten Referenzmenge. Die Lieferverpflichtung des Auftragnehmers ist auf 120 % der Referenzmengen begrenzt. Sofern die Mengenspanne unterschritten wird, ist der Auftraggeber zur Abnahme der Differenzmengen nicht verpflichtet.
- (4) Es wird der Energiearbeitspreis mindestens für die in Abs. 3, Satz 1 vereinbarte Mindestmenge berechnet. Bezieht der Auftraggeber weniger als 80 % der in Absatz 2 genannten Referenzmenge, vergütet der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Differenz zwischen der Mindestmenge und der tatsächlich abgenommenen Energie zum 0,85-fachen des für das jeweilige Lieferjahr ermittelten Spotmarktpreises der EEX AG Leipzig. Bezieht der Auftraggeber mehr als 120 % der in Abs. 3 genannten Referenzmenge, so zahlt er für die die Maximalmenge überschreitende Liefermenge den 1,15-fachen Spotmarktpreis des jeweiligen Lieferjahres.
Als Spotmarktpreis – in der Dimension ct/kWh auf zwei Nachkommastellen gerundet – gilt die Summe aller stündlichen Spotnotierungen (Phelix) der EEX European Energy Exchange AG (Leipzig) des Kalenderjahres, dividiert durch die Anzahl dieser stündlichen Spotnotierungen.

§ 6

Anforderungen an die Stromlieferung aus erneuerbaren Energien

- (1) Die Lieferung elektrischer Energie muss nachweislich zu mindestens 50 %, mindestens jedoch in einer Menge von 2.500.000 kWh aus erneuerbaren Energien stammen und in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energien nutzen. Hierzu zählt auch Strom aus Speicherkraftwerken abzüglich des Eigenverbrauchs und der Verluste (ohne Pumpstrom) sowie abzüglich des nicht erneuerbaren Anteils am Pumpstrom, der Anteil von Strom aus erneuerbaren

Energien in Hybridanlagen, die auch konventionelle Energieträger einsetzen, sowie der Anteil von Strom aus der Mitverbrennung von Biomasse in thermischen Kraftwerken, in denen auch konventionelle Energieträger verbrannt werden, wenn der Anteil von Strom aus der Mitverbrennung von Biomasse durch die Feststellung und Erfassung der jeweiligen Menge und Heizwerte der eingesetzten Brennstoffe rechnerisch bei der Stromerzeugung ermittelt und nachgewiesen wird.

(2) Erneuerbare Energien im Sinne dieser besonderen vertraglichen Bedingungen sind Wasserkraft einschließlich der Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und Strömungsenergie, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie, Energie aus Biomasse einschließlich Biogas, Deponiegas und Klärgas.

Als Biomasse gelten nur Energieträger gemäß § 2 der Verordnung über die Erzeugung von Strom aus Biomasse (Biomasseverordnung - BiomasseV) vom 21. Juni 2001, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Oktober 2016. Der aus Biomasse erzeugte Strom gilt als Strom aus erneuerbaren Energien, wenn er in einem Verfahren erzeugt wird, das den Anforderungen des § 4 BiomasseV gerecht wird. Flüssige Biomasse, d. h. Biomasse im Sinne der BiomasseV, die zum Zeitpunkt des Eintritts in den Brenn- oder Feuerraum flüssig ist, gilt nur dann als Biomasse im Sinne dieses Vertrages, wenn sie den Nachhaltigkeitskriterien der Artikel 17 und 19 i. V. m. Anhang V der EU-Richtlinie 2009/28/EG für Biokraftstoffe und flüssige Brennstoffe genügt; Artikel 17 Absatz 2 Unterabsatz 4 der Richtlinie 2009/28/EG findet keine Anwendung.

(3) Die Herkunft des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Zwischen dem Netz, an das die Stromerzeugungsanlage angeschlossen ist, und dem Netz, an das die Abnahmestelle des Auftraggebers angeschlossen ist, muss eine netztechnische Verbindung bestehen.

(4) Der Auftragnehmer garantiert eine zeitlich bilanzierte Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Energiebilanz von erzeugtem und geliefertem Strom muss innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt ausgeglichen sein.

(5) Der Auftraggeber erwirbt mit der Abnahme der gelieferten Strommenge aus erneuerbaren Energien den bei der Erzeugung erzielten Umweltnutzen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, den mit der Stromlieferung verbundenen Umweltnutzen nicht an-

derweitig zu verwerten oder zu übertragen und seinen etwaigen Vorlieferanten vertraglich ebenfalls zu verpflichten, diese anderweitige Verwertung oder Übertragung zu unterlassen. Der Auftragnehmer garantiert ferner, dass die an den Auftraggeber gelieferte Strommenge aus erneuerbaren Energien nicht durch Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen gefördert oder auf diese angerechnet wird. Zu Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen zählen unter anderem staatliche Förderregelungen, die zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen verpflichten, einschließlich solcher, bei denen grüne Zertifikate verwendet werden, sowie direkte Preisstützungssysteme einschließlich Einspeisetarife und Prämienzahlungen.

§ 7

Nachweisverpflichtungen

(1) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber nachzuweisen, wie die Vorgaben an die Art der Stromerzeugung gemäß Anlage I dieses Vertrages erfüllt werden. Er hat hierzu bis spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Lieferjahres die Herkunft des gelieferten Stromes durch Vorlage von über das deutsche Herkunftsnachweisregister entwerteten Herkunftsnachweisen zu belegen. Der Auftragnehmer muss die Entwertung der Herkunftsnachweise für den Auftraggeber vornehmen und diese Menge im Rahmen der Stromkennzeichnung ausweisen.

(2) Die Herkunftsnachweise müssen die Anforderungen der EU-Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und die Anforderungen gemäß § 79 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017) sowie die zur Konkretisierung des § 79 EEG erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung bzw. die Anforderungen entsprechender Nachfolgeregelungen erfüllen. Für Herkunftsnachweise aus dem Ausland gilt § 79 Absatz 3 EEG 2017 i. V. m. Art. 15 Abs. 6 und 9 EU-Richtlinie 2009/28/EG und § 18 der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung.

(3) Die Herkunftsnachweise dürfen keine Förderung vorsehen, die den Code-Nummern 2 (Förderung der produzierten Strommenge), 3 (Kombination aus Investitionsförderung und Förderung der produzierten Strommenge), 4 (Förderung unbekannt) gemäß dem EECS-Fact Sheet 3 – Types of Public Support – Release 1.14 entspricht, welches auf der Webseite der Association of Issuing Bodies (AIB) veröffentlicht ist. Insbesondere dürfen die Herkunftsnachweise nicht die Angabe „Förderung der Stromerzeugung“, „Förderung der Stromerzeugung durch Grünstrom-

privileg“, „Förderung der Stromerzeugung durch sonstige Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien“, „Status der Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien unbekannt“ oder „Status der Förderung unbekannt“ enthalten.

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der vertraglichen Anforderungen an die Herkunft/Erzeugungsart des zu liefernden Stroms auf eigene Kosten durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an einer Prüfung durch den Auftraggeber mitzuwirken und dem Auftraggeber bzw. dessen beauftragtem Sachverständigen sämtliche dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

§ 8

Eigenerzeugung

(1) Der Auftraggeber ist berechtigt, Eigenerzeugungsanlagen zu betreiben und seinen Strombedarf daraus zu decken oder den in diesen Anlagen erzeugten Strom in das Netz des Netzbetreibers einzuspeisen.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 stellen keine Änderung der Vertragsgrundlage dar.

§ 9

Belieferung der Übergabe-/Abnahmestelle

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Bereitstellung und der Auftraggeber zur Abnahme der für die Versorgung der in Anlage I benannten Übergabe-/Abnahmestelle erforderlichen elektrischen Energie (Arbeit und Leistung). Als Übergabestelle gilt die Eigentumsgrenze zwischen dem Netz des Netzbetreibers und der jeweiligen Abnahmestelle des Auftraggebers gemäß Netzanschlussvertrag.

(2) Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, im Rahmen der vorhandenen Netzanschlusskapazität auch eine höhere Leistung als die des Maximalwertes der Lieferstelle bereitzustellen.

(3) Eine Erhöhung der Netzanschlusskapazität durch Verstärkung eines Netzanschlusses kann nur nach Abstimmung mit dem Auftraggeber und mit Zustimmung des Netzbetreibers erfolgen. Eventuell entstehende Kosten für eine Verstärkung trägt der Auftraggeber.

§ 10

Netzanschluss und Netznutzung

(1) Der Auftraggeber verfügt über den für die Aufnahme der Versorgung erforderlichen Netzanschlussvertrag bzw. Anschlussnutzungsvertrag oder schließt den Vertrag erforderlichenfalls rechtzeitig mit dem Netzbetreiber ab.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die für die Stromlieferung erforderlichen vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Auftragnehmer schließt hierzu den erforderlichen Netznutzungsvertrag bzw. Lieferantenrahmenvertrag im eigenen Namen mit dem Netzbetreiber zu dessen üblichen Bedingungen ab. Der Auftraggeber erteilt dem Auftragnehmer auf dessen Anforderung alle für den Vertragsabschluss erforderlichen Auskünfte sowie eine branchenübliche Vollmacht. Der Auftragnehmer hat den mit dem Netzbetreiber geschlossenen Vertrag auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen.

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Zahlung der Netznutzungsentgelte gegenüber dem Netzbetreiber mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber. Abrechnungsgrundlage sind die veröffentlichten Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers und die vom Netzbetreiber ermittelten Leistungs- und Verbrauchsdaten. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, falls es zu Problemen bei der Netznutzung mit dem Netzbetreiber, insbesondere zu Problemen bei der Ablesung von Zählern, zu Differenzen oder Zahlungsrückständen bei den Netznutzungsentgelten kommen sollte. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alles ihm Mögliche zu tun, um Probleme bei der Netznutzung zu vermeiden und gegebenenfalls zu beseitigen.

(4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Abrechnung der Netznutzungsentgelte einen ggf. konzessionsvertraglich vereinbarten Kommunalrabatt an den Auftraggeber weiterzugeben. Ein gewährter Kommunalrabatt ist bei der Abrechnung der Netznutzungsentgelte gesondert auszuweisen.

§ 11

Messung

- (1) Die Erfassung der Leistungs- und Verbrauchsdaten erfolgt mit der vorhandenen Messeinrichtung durch den Netzbetreiber/Messstellenbetreiber im Wege der elektronischen Datenverarbeitung. Die entsprechenden Signale werden dem Auftraggeber auf Wunsch zur Verfügung gestellt. Der Auftraggeber ist zur Selbstablesung der Messeinrichtung berechtigt. Der Auftragnehmer gewährleistet den digitalen Datenabruf des Auftraggebers durch Bereitstellung eines entsprechenden Zugangs.
- (2) Die Messeinrichtung muss den eichrechtlichen Vorschriften sowie den Regelungen der Netzanschlussverordnung entsprechen.
- (3) Es gelten die vom Netzbetreiber an der Messeinrichtung ggf. vorgegebenen Schaltzeiten.

§ 12

Entgelt

- (1) Der Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer für die Leistungen aus diesem Vertrag Entgelte gemäß dem Angebot des Auftragnehmers und der Ermittlung der vertragsgültigen Entgelte gemäß Anlage I.
- (2) Abrechnungen und Zahlungen erfolgen auf Grundlage der tatsächlich gelieferten und abgenommenen Energiemengen.
- (3) Die vereinbarten Preise verstehen sich als Nettopreise frei Übergabestelle, einschließlich aller Lieferungen, Leistungen und Nebenleistungen. Das heißt, sie verstehen sich einschließlich
 - Kosten für die Lieferung und Bereitstellung der elektrischen Energie,
 - Kosten der Datenerfassung und Abrechnung durch den Auftragnehmer,
 - Kosten der Nachweisführung zur Herkunft des Stroms aus erneuerbaren Energien,
 - Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der Netznutzungsvereinbarung

und zuzüglich

- Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers, einschließlich Kosten für Messung, Zähl-
datenbereitstellung und Abrechnung durch den Netzbetreiber/Messstellenbetreiber,
- gegebenenfalls anfallender Kosten für Blindarbeit oberhalb der Abrechnungsfreigrenze,
- Konzessionsabgaben gemäß KAV,
- Aufschläge gemäß KWKG,
- Umlage gemäß EEG,
- Umlage gemäß § 19 StromNEV,
- Offshore-Haftungsumlage gemäß § 17 f EnWG,
- Umlage für abschaltbare Lasten gemäß § 18 AbLaV,
- Stromsteuer gemäß StromStG,
- Umsatzsteuer gemäß UStG.

(4) Der Auftragnehmer berechnet dem Auftraggeber die Netznutzungsentgelte, Entgelte für Messung und Zähl-
datenbereitstellung, Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV, Umla-
ge nach § 19 Absatz 2 StromNEV, Offshore-Haftungsumlage nach § 17f EnWG, Konzessions-
abgaben, Blindarbeit oberhalb der Abrechnungsfreigrenze, Aufschläge gemäß KWKG sowie
EEG-Umlage für das jeweilige Kalenderjahr ohne Aufschlag weiter.

(5) Soweit während der Vertragslaufzeit neue Umlagen oder verbindlich festgelegte Steuern
und Abgaben eingeführt oder abgeschafft werden, welche die zu erbringende Lieferleistung be-
treffen, werden die zu zahlenden Entgelte gemäß den entsprechenden Regelungen angepasst.

§ 13

Zahlung, Rechnungslegung, Dokumentation

(1) Als Abrechnungsjahr wird der Zeitraum vom 1. Januar, 00:00 Uhr bis zum
31. Dezember, 24:00 Uhr des Kalenderjahres vereinbart.

(2) Vom Auftragnehmer sind prüffähige Rechnungen auf Grundlage der tatsächlich erbrach-
ten Leistungen in Papierform monatlich bis zum 25. des auf den Abrechnungsmonat folgenden

Monats zu stellen. Die tatsächlich erbrachten Leistungen werden anhand der monatlich gemessenen Leistungs- und Verbrauchsdaten ermittelt. Bis zum 25. des auf das Vertragsjahr folgenden übernächsten Monats (25. Februar) ist zusätzlich eine Jahresschlussrechnung zu stellen. Sie entfällt, wenn die letzte Monatsrechnung (Dezember) endgültig ist und bereits alle Informationen gemäß Abs. 3 enthält.

(3) Die Rechnungen gemäß Abs. 2 weisen mindestens die gemäß § 40 Abs. 2 und § 42 Energiewirtschaftsgesetz vorgesehenen Angaben und Inhalte gesondert aus.

(4) Rechnungen werden vom Auftraggeber innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der prüf-fähigen Rechnung beglichen.

(5) Einwände gegen die Richtigkeit der Rechnungen berechtigen nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung der unstrittigen Beträge.

(6) Streitigkeiten über das zu zahlende Entgelt berechtigen nicht zur Einstellung der vertraglich zu erbringenden Leistungen.

(7) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die gesamten Rechnungsdaten und Lastgänge der Liefer-/Abnahmestelle als Viertelstundenmessung in elektronischer Form auf Datenträger bzw. als E-Mail-Anhang einmal pro Lieferjahr unentgeltlich zur Verfügung. Als Dateiformat ist das Microsoft Office-Excel-Format oder nach Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber ein entsprechend konvertierbares Format zu verwenden. Endet der Vertrag durch Kündigung oder Zeitablauf, ist dieselbe Verpflichtung des Auftragnehmers zur Vorbereitung einer neuen Ausschreibung durch den Auftraggeber vereinbart.

§ 14

Sachkundiger Bevollmächtigter

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber einen für die Umsetzung der Vertragsvereinbarungen zuständigen sachkundigen Bevollmächtigten sowie einen Vertreter zu benennen. Diese stehen als Ansprechpartner für alle Fragen der Auftragserfüllung zur Verfügung.

§ 15

Rechtsnachfolger

Jeder Vertragspartner ist berechtigt und im Falle des Übergangs seiner Vermögenswerte auf einen Dritten verpflichtet, den Vertrag auf seinen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Vertragspartner werden jedoch von ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag nur befreit, wenn der Nachfolger den Eintritt in den Vertrag mit gleichen Rechten und Pflichten schriftlich erklärt und der andere Vertragspartner schriftlich zustimmt. Die Zustimmung kann nur bei begründeten Einwendungen gegen die technische oder wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Rechtsnachfolgers verweigert werden.

§ 16

Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages stehen und stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter, einschließlich etwaiger Prozess- und Anwaltskosten, frei.
- (2) Der Auftragnehmer ist gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden versichert. Die Deckungssumme der Haftpflichtversicherung beträgt für Personen- und Sachschäden 2,0 Mio. EUR je Schadensfall, für Vermögensschäden 100.000 EUR je Schadensfall und muss für mindestens zwei Schadensfälle pro Jahr Gültigkeit haben. Der Versicherungsnachweis ist dem Auftraggeber innerhalb von vierzehn Tagen nach Zuschlagserteilung vorzulegen.
- (3) Kommt es durch nicht berechtigte Maßnahmen gemäß § 19 StromGKV zu Unterbrechungen der Stromversorgung, so trägt der Auftragnehmer die hierdurch entstandenen Kosten.
- (4) Der Auftragnehmer haftet nicht für höhere Gewalt.

§ 17

Vertragsstrafen

(1) Für die vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben.

(2) Erfüllt der Auftragnehmer die nachfolgend bezeichneten Pflichten aus dem Vertrag nicht ordnungsgemäß oder erfüllt er sie nicht, so hat der Auftraggeber, nach einmaliger schriftlicher Abmahnung, neben der Erfüllung Anspruch auf eine Vertragsstrafe. Vertragsstrafen sind im Falle der nicht ordnungsgemäßen Leistungserbringung oder der Nichterfüllung insbesondere zu entrichten mit:

500 EUR je Vorgang bei:

- Verletzung der Pflicht zum fristgemäßen Nachweis der Anzeige/Genehmigung als Energieversorger gemäß § 3 Abs. 2
- Verletzung der Pflicht zur fristgemäßen Vorlage des Versicherungsnachweises gemäß § 16 Abs. 2
- Verstoß gegen die Antragspflichten bei Beauftragung von Unterauftragnehmern gemäß § 19
- Verstoß gegen die Verpflichtung zur Vorlage von Nachweisen über die Herkunft des Stroms und die Art der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen gemäß § 7

100 EUR je Tag bei:

- Verletzung der Pflicht zur fristgemäßen Rechnungsstellung gemäß § 13

(3) Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat schriftlich unter Berechnung und Begründung der Höhe der Vertragsstrafe zu erfolgen. Der Höchstbetrag aller Vertragsstrafen wird mit 5 % der Netto-Gesamtauftragssumme festgelegt. Vertragsstrafen können vom Auftraggeber von dem zu zahlenden Entgelt in Abzug gebracht werden.

§ 18

Lieferunterbrechung, höhere Gewalt

(1) Soweit und solange ein Vertragspartner durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, ganz oder teilweise daran gehindert ist, seinen Liefer- bzw. Bezugsverpflichtungen aus diesem Vertrag nachzukommen, so ruhen diese Verpflichtungen so lange, bis die Störungen und deren Folgen behoben sind. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall keinen Anspruch auf Gegenleistung. Der Betroffene ist verpflichtet, seinen Vertragspartner sofort zu unterrichten und unverzüglich mit allen technisch und wirtschaftlich zumutbaren Mitteln dafür zu sorgen, die Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Vertrages wiederherzustellen.

(2) Der Auftragnehmer ist von der Lieferpflicht befreit, soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und die Nutzung des Anschlusses aus eigenen Rechten unterbrochen hat. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch den Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

§ 19

Verträge mit Dritten

(1) Die Beauftragung von Dritten ist zulässig.

(2) Soweit der Auftragnehmer beabsichtigt, Dritte zu beauftragen ist die Unterbeauftragung spätestens vier Wochen vor Leistungsaufnahme des Unterauftragnehmers schriftlich beim Auftraggeber zu beantragen. Dem Antrag sind geeignete Nachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit und zur Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers beizufügen. Der Auftraggeber kann einen Dritten bei mangelnder Eignung nach Satz 2 innerhalb von fünf Werktagen nach Eingang des Antrags ablehnen.

§ 20

Vertragsbeginn

- (1) Der Vertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft.
- (2) Die Verpflichtung zur Aufnahme der Lieferleistung beginnt am 01.01.2019, 00:00 Uhr.

§ 21

Außerordentliche Kündigung

- (1) Der Auftraggeber kann den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn der Auftragnehmer die Leistungen endgültig einstellt oder das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- (2) Der Auftraggeber kann den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn der Auftragnehmer eine Verpflichtung aus diesem Vertrag trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung in gleicher Angelegenheit nicht unverzüglich erfüllt. Zwischen den Mahnungen muss ein Zeitraum von 14 Tagen liegen.
- (3) Der Auftraggeber ist berechtigt, in den Fällen von Abs. 1 und 2 die noch nicht erbrachten Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen. Die Ansprüche des Auftraggebers auf Ersatz des etwa entstehenden weiteren Schadens bleiben bestehen. Der Auftraggeber ist auch berechtigt, auf die weitere Ausführung zu verzichten und Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Die bereits erbrachten Leistungen werden nach den vereinbarten Vergütungen abgerechnet.
- (4) Der Auftraggeber kann auch dann den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung des Auftraggebers, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den genannten Personen des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

- (5) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

§ 22

Vertragsausfertigung

Die Vertragsparteien erhalten je eine Ausfertigung des Vertrages. Die Vertragssprache ist Deutsch.

§ 23

Salvatorische Klausel

(1) Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages und/oder der im Vertrag in Bezug genommenen Unterlagen als unwirksam oder undurchführbar erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht berührt. Die Vertragspartner werden in diesem Fall die ungültige/-n oder unwirksame/-n Bestimmung/-en durch eine Neuregelung ersetzen, die dem gewollten Zweck entspricht und von Beginn der Unwirksamkeit an gilt.

(2) Sollte in diesem Vertrag ein regelungsbedürftiger Punkt versehentlich nicht geregelt worden sein, werden die Vertragspartner die so entstandene Lücke im Sinne und Geiste dieses Vertrages schließen.

§ 24

Schlussbestimmungen

(1) Änderungen, Ergänzungen sowie die Aufhebung dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Auch die Aufhebung des Schriftformerfordernisses bedarf der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht bindend.

(2) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität gelten. Sie werden insbesondere alle Handlungen unterlassen, die das Erreichen des Vertragszweckes, gleich in welcher Form, gefährden.

(3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des zustande gekommenen Vertrags und aus dem Vertragsverhältnis ist ausschließlich das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht.

5 Anlagen

- A Stromverbrauch 2017 der Lieferstelle Kompostwerk Kirchheim u. T.
- B Beispiel zur Berechnung der vertragsgültigen Entgelte

A Stromverbrauch 2017 der Lieferstelle Kompostwerk Kirchheim u. T.

Jahr 2017	Wirkstrom			Blindstrom			gemessene Leistung Monats- maximum kW
	HT kWh	NT kWh	zusammen kWh	HT kvarh	NT kvarh	zusammen kWh	
1	2	3	4	5	6	7	8
Januar	299.259	127.647	426.906	77.980	34.455	112.435	915,16
Februar	230.660	99.688	330.348	50.324	27.098	77.421	871,06
März	268.708	111.248	379.955	50.840	28.060	78.900	901,12
April	265.300	113.713	379.012	50.456	31.264	81.719	867,30
Mai	286.415	118.341	404.756	52.793	32.869	85.662	942,07
Juni	307.533	128.253	435.786	57.072	38.804	95.876	986,76
Juli	339.627	143.209	482.835	71.793	43.225	115.018	1.031,76
August	342.664	141.047	483.711	73.547	41.025	114.572	1.020,46
September	305.493	128.433	433.926	69.053	37.144	106.196	988,32
Oktober	283.712	119.218	402.929	64.195	34.061	98.256	910,48
November	266.865	110.052	376.917	70.726	30.383	101.109	842,30
Dezember	272.866	115.233	388.099	73.108	32.774	105.882	827,71
Jahres- summe bzw. Maximum	3.469.101	1.456.080	4.925.181	761.885	411.161	1.173.045	1.031,76

B Beispiel zur Berechnung der vertragsgültigen Entgelte

Das folgende fiktive Beispiel erläutert die Berechnung der vertragsgültigen Entgelte für eine Lieferstelle mit registrierender Leistungsmessung/Mittelspannung) für eine angenommene Vertragslaufzeit vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2017 (drei Vertragsjahre).

Die Angebotsfrist der Ausschreibung lief am **23.06.2014** ab. Der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot (= Angebot des künftigen Auftragnehmers) erfolgte am **07.07.2014**.

A Grunddaten

- 1. Angebotene Arbeitspreise** des künftigen Auftragnehmers bei Ablauf der Angebotsfrist am **23.06.2014** (A_{alt})
 - a. Vertragsjahr 2015: 4,150 ct./kWh
 - b. Vertragsjahr 2016: 4,150 ct./kWh
 - c. Vertragsjahr 2017: 4,320 ct./kWh

- 2. Marktpreise** für Phelix-Base-Year-Futures (Abrechnungspreise) am Strom-Terminmarkt der EEX Leipzig 7 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist am **16.06.2014** (M_{alt}) (Stichtag 1)
 - a. Vertragsjahr 2015 (Cal-15): 34,70 EUR/MWh
 - b. Vertragsjahr 2016 (Cal-16): 33,60 EUR/MWh
 - c. Vertragsjahr 2017 (Cal-17): 32,25 EUR/MWh

- 3. Marktpreise** für Phelix-Base-Year-Futures (Abrechnungspreise) am Strom-Terminmarkt der EEX Leipzig bei Zuschlagserteilung am **07.07.2014** (M_{neu}) (Stichtag 2)
 - a. Vertragsjahr 2015 (Cal-15): 34,31 EUR/MWh
 - b. Vertragsjahr 2016 (Cal-16): 33,19 EUR/MWh
 - c. Vertragsjahr 2017 (Cal-17): 32,13 EUR/MWh

B Berechnung der vertragsgültigen Arbeitspreise

Anhand der Preisfortschreibungsformel „ $Ap_{\text{neu}} = Ap_{\text{alt}} + (Mp_{\text{neu}} - Mp_{\text{alt}})$ “ werden für jedes Vertragsjahr die folgenden vertragsgültigen Arbeitspreise ermittelt (Genauigkeit: 3 Nachkommastellen):

Vertragsjahr 2015:

$$Ap_{\text{neu}} = 4,150 \text{ ct./kWh} + (34,310 \text{ EUR/MWh} - 34,700 \text{ EUR/MWh})$$

$$Ap_{\text{neu}} = 4,150 \text{ ct./kWh} - 0,039 \text{ ct./kWh} = \mathbf{4,111 \text{ ct./kWh}}$$

Vertragsjahr 2016:

$$Ap_{\text{neu}} = 4,150 \text{ ct./kWh} + (33,19 \text{ EUR/MWh} - 33,60 \text{ EUR/MWh})$$

$$Ap_{\text{neu}} = 4,150 \text{ ct./kWh} - 0,041 \text{ ct./kWh} = \mathbf{4,109 \text{ ct./kWh}}$$

Vertragsjahr 2017:

$$Ap_{\text{neu}} = 4,320 \text{ ct./kWh} + (32,13 \text{ EUR/MWh} - 32,25 \text{ EUR/MWh})$$

$$Ap_{\text{neu}} = 4,320 \text{ ct./kWh} - 0,012 \text{ ct./kWh} = \mathbf{4,308 \text{ ct./kWh}}$$

C Zusammenfassung: Vertragsgültige Entgelte (Beispiel)

Vertragsjahr	Arbeitspreis
Vertragsjahr 2015	4,111 ct./kWh
Vertragsjahr 2016	4,109 ct./kWh
Vertragsjahr 2017	4,308 ct./kWh

**EU-weite Ausschreibung
der Lieferung von elektrischer Energie
für die Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH**

Vergabeunterlagen – Teil B

Angebotsvordruck

Bietererklärungen und Preisblatt

Angebotsabgabe bis spätestens:

14. Mai 2018

11:00 Uhr

Anschrift:

Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH
c/o Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Esslingen
Röntgenstraße 16-18
Zimmer-Nr.: 3.015
73730 Esslingen am Neckar

Bieter:

Firmenstempel

Inhalt

- I Bietererklärung A
- II Bietererklärung B
- III Bietererklärung C
- IV Bietererklärung D
- V Bietererklärung E
- VI Bietererklärung F
- VII Bietererklärung G
- VIII Vorbemerkungen zum Preisblatt
- IX Preisblatt

I Bietererklärung A

Wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von uns nachfolgend eingesetzten Preisen an. Unser Angebot bezieht sich auf die Regelungen der Angebotsanfrage (Vergabeunterlagen) von März 2018.

Ansprechpartner für Rückfragen und Befugter für die Abgabe und Entgegennahme verbindlicher Erklärungen ist (BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN!):

Name, Vorname:

Telefonnummer:

Faxnummer:

Firmenanschrift:
.....

Über die örtlichen Verhältnisse haben wir uns unterrichtet.

Wir sind Mitglied der (Berufs-)Genossenschaft:

seit:

Mitgliedsnummer:

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

II Bietererklärung B

Bietergemeinschaftserklärung (Nur auszufüllen, wenn zutreffend)

Wir, die nachstehend aufgeführten Firmen einer Bietergemeinschaft, bestehend aus:

Mitglied 1:

Mitglied 2:

Mitglied 3:

benennen folgenden bevollmächtigten Vertreter für die Bietergemeinschaft (BITTE IN DRUCK-
BUCHSTABEN AUSFÜLLEN!):

Name, Vorname:

Telefonnummer:

Faxnummer:

Firmenanschrift:

.....

Wir erklären zugleich, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber – auch bei der Angebotsabgabe – rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder der Bietergemeinschaft von der Angebotsabgabe an und auch im Falle der Beauftragung als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

III Bietererklärung C

Anzeige gemäß § 5 EnWG (Eigenerklärung)

- Wir erklären hiermit, dass wir die Ausübung unserer Tätigkeit gemäß § 5 EnWG bei der Regulierungsbehörde angezeigt haben und dass die Regulierungsbehörde unserem Unternehmen die Energiebelieferung nicht aus Gründen der personellen, technischen oder wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der Zuverlässigkeit ganz oder teilweise untersagt hat.
- Wir erklären hiermit, dass die Ausübung unserer Tätigkeit nicht anzeigepflichtig gemäß § 5 EnWG ist. Ein Berufs- bzw. Handelsregisterauszug über die Tätigkeit unseres Unternehmens ist diesem Angebot beigelegt.

(bitte Zutreffendes ankreuzen.)

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

IV Bietererklärung D

Eigenerklärung

1. Wir erklären hiermit, dass die vollständige Übernahme der Leistungen zum Leistungsbeginn gewährleistet ist.
2. Wir erklären hiermit hinsichtlich der zwingenden Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 GWB,

dass keine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB unserem Unternehmen zuzurechnen ist, vorliegt,

dass gegen unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB,

und auf Anforderung der ausschreibenden Stelle kurzfristig ein Nachweis hierfür nachgereicht wird

bzw.

dass zwar eine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB unserem Unternehmen zuzurechnen ist, vorliegt,

dass gegen unser Unternehmen zwar eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB,

aber gemäß § 125 GWB von einem Ausschluss abgesehen werden kann. Diesbezüglich haben wir dieser Erklärung im Angebotsteil III eine Begründung beigefügt, warum aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls der Verstoß unsere Zuverlässigkeit nicht in Frage stellt.

Zu Punkt 2: Bitte die zutreffenden Felder ankreuzen.

3. Wir erklären hiermit hinsichtlich des zwingenden Ausschlussgrundes gemäß § 123 Abs. 4 GWB,

dass unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist, und auf Anforderung der ausschreibenden Stelle kurzfristig ein Nachweis hierfür nachgereicht wird

bzw.

dass unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung zwar nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist, aber gemäß § 125 GWB von einem Ausschluss abgesehen werden kann. Diesbezüglich haben wir dieser Erklärung im Angebotsteil III eine Begründung beigefügt, warum aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls der Verstoß unsere Zuverlässigkeit nicht in Frage stellt.

Zu Punkt 3: Bitte das zutreffende Feld ankreuzen.

4. Wir erklären hiermit hinsichtlich der fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1, 3, 4 und 8 GWB, dass wir als Bieter folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. Unser Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.

3. Unser Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität unseres Unternehmens infrage gestellt wird.

4. Unser Unternehmen hat mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

8. Unser Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten.

Zu Punkt 4: Bitte die zutreffenden Felder ankreuzen.

5. Wir erklären hiermit hinsichtlich des fakultativen Ausschlussgrundes gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB,

dass über das Vermögen unseres Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich unser Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und auf Anforderung der ausschreibenden Stelle kurzfristig ein Nachweis hierfür nachgereicht wird

bzw.

dass zwar über das Vermögen unseres Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist oder sich unser Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet, aber gemäß § 125 GWB von einem Ausschluss abgesehen werden kann. Diesbezüglich haben wir dieser Erklärung im Angebotsteil III eine Begründung beigefügt, warum aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls unsere Zuverlässigkeit aufgrund dessen nicht in Frage steht.

Zu Punkt 5: Bitte das zutreffende Feld ankreuzen.

Hinweis: Bei Bietergemeinschaften ist diese Bietererklärung von jedem Mitglied zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

V Bietererklärung E

Eigenerklärung

Wir verfügen bei der
(Name der Versicherung)

über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von EUR.

Hinweis: Die Deckungssumme muss mind. 2,0 Mio. EUR betragen und für den Bieter bzw. ein Bietergemeinschaftsmitglied bestehen.

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

VI Bietererklärung F

Ausschluss der Doppelvermarktung

Hiermit bestätigen wir,

- dass der Umweltnutzen, der mit der Lieferung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energiequellen im Lieferzeitraum verbunden ist, von uns nicht anderweitig im Sinne von Punkt 3.2 der Leistungsbeschreibung dieser Vergabeunterlagen verwertet oder übertragen wird,
- dass der Umweltnutzen von der physikalischen Stromlieferung nicht getrennt wurde bzw. wird,
- dass die zu liefernde Strommenge und deren Umweltnutzen nicht als Teilmenge in ein Ökostrom-Gütesiegel und/oder Ökostrom-Zertifikat einfließt, welches zum Nachweis einer Stromlieferung aus erneuerbaren Energiequellen gegenüber anderen Auftraggebern/Kunden dient.

Diese Verpflichtungserklärung gilt für den gesamten Lieferzeitraum.

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

VII Bietererklärung G

Stromanteil aus erneuerbaren Energien (EE-Strom) am Gesamtlieferumfang

Der von uns gelieferte und aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Anteil elektrischer Energie (EE-Strom)

am Gesamtlieferumfang pro Jahr beträgt mindestens% bzw. kWh und ist im Fall der Zuschlagserteilung als vertraglich vereinbarter Bestandteil in der angegebenen Höhe zu liefern.

Hinweis: Der Anteil muss mindestens 50 % (= 2.500.000 kWh) betragen.(vgl. Punkt 3.2 der Vergabeunterlagen und § 6 Absatz 1 der besonderen vertraglichen Bedingungen)

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

VIII Vorbemerkungen zum Preisblatt

Hinweise zum Ausfüllen

Wird ein Angebot unterbreitet, sind alle offenen Felder auszufüllen.

Hinweise zur Auswertung

Die preisliche Auswertung erfolgt durch einen Vergleich der angebotenen Gesamtentgelte (netto) für die gesamte Vertragslaufzeit. Das Gesamtentgelt errechnet sich aus der Summe der Jahresentgelte, die wiederum unter Anwendung der im Preisblatt angegebenen Auswertungsgrößen ermittelt werden. Im Rahmen der Auswertung wird die Umsatzsteuer mit 19 % angesetzt. Grundlage der preislichen Auswertung ist ausschließlich das von der ausschreibenden Stelle ermittelte Brutto-Entgelt für die gesamte Vertragslaufzeit.

Hinweis zu den Preisangaben

Alle Eintragungen müssen als Nettopreise ohne Umsatzsteuer erfolgen. Die anzugebenden Nettopreise verstehen sich einschließlich der

- Kosten für die Lieferung und Bereitstellung der elektrischen Energie,
- Kosten der Datenerfassung und Abrechnung durch den Auftragnehmer,
- Kosten der Nachweisführung zur Herkunft des Stromanteils aus erneuerbaren Energien,
- Kosten für Vorbereitung und Durchführung erforderlicher Netznutzungsvereinbarungen

und zuzüglich der

- Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers, einschließlich Kosten für Messung, Zähl-daten-bereitstellung und Abrechnung durch den Netzbetreiber/Messstellenbetreiber,
- gegebenenfalls anfallenden Kosten für Blindarbeit oberhalb der Abrechnungsfreigrenze,
- Konzessionsabgaben gemäß KAV,
- Aufschläge gemäß KWKG,
- Umlage gemäß EEG,
- Umlage gemäß § 19 StromNEV,
- Offshore-Haftungsumlage gemäß § 17 f EnWG,
- Umlage für abschaltbare Lasten gemäß § 18 AbLaV,
- Stromsteuer gemäß StromStG,
- Umsatzsteuer gemäß UStG.

IX Preisblatt

Preisangaben: Angebotspreise für den Vertragszeitraum

Die nachfolgenden **Preisangaben A, B und C** beinhalten die Kosten für die Lieferung elektrischer Energie inkl. eines Stromanteils von mindestens 50 %, mindestens jedoch 2.500.000 kWh, aus erneuerbaren Energien sowie einschließlich aller Nebenleistungen für die Lieferstelle Nürtinger Straße 120, 73230 Kirchheim unter Teck der Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH in den Lieferjahren 2019, 2020 und 2021.

Lieferzeitraum	Angebotspreis	Auswertungsgröße	Vom Bieter errechnete Angebotssumme
----------------	---------------	------------------	-------------------------------------

Preisangabe A: Arbeitspreis für das 1. Lieferjahr

01.01.2019 – 31.12.2019	 Cent je kWh	5.000.000 kWh	 EUR/a
-------------------------	-------------------	---------------	-------------

Preisangabe B: Arbeitspreis für das 2. Lieferjahr

01.01.2020 – 31.12.2020	 Cent je kWh	5.000.000 kWh	 EUR/a
-------------------------	-------------------	---------------	-------------

Preisangabe C: Arbeitspreis für das 3. Lieferjahr

01.01.2021 – 31.12.2021	 Cent je kWh	5.000.000 kWh	 EUR/a
-------------------------	-------------------	---------------	-------------

Hinweis: Der anzubietende Arbeitspreis ist in **Cent/kWh** (max. drei Nachkommastellen) anzugeben.

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel

Achtung Angebot !!!
EU-weite Ausschreibung
der Lieferung von elektrischer
Energie für die Kompostwerk
Kirchheim u. T. GmbH

Umschlag nicht öffnen !!!!

Bitte sofort weiterleiten an:

Zimmer-Nr.: 3.015

Ende der Angebotsfrist:
14. Mai 2018, 11:00 Uhr

Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH
c/o Abfallwirtschaftsbetrieb des
Landkreises Esslingen
Röntgenstraße 16-18
Zimmer-Nr.: 3.015
73730 Esslingen am Neckar